

Volks-Zeitung

Freitag das achtseitige farbig illustrierte Witzblatt ULK

Mit „Jede Woche Musik“

- Moden-Zeitung, Sport-Zeitung, Film-Zeitung, Haus- u. Garten-Ztg., Techn.-Zeitung, Witzblatt „ULK“

Strasse 67-69, Moritzplatz, Müllerstrasse 13, Potsdamer Strasse 33, Hallescher Strasse 3, Kottbuscher Strasse 79, Rosenfelder Strasse 48, Schillingstrasse 50, Schönehauser Allee 184, Turmstrasse 61, Wasser Strasse 1-4, Jungfernstieg 50, Charlottenberg: Kaiserdamm 36, Keisler 34, Mühlentorstr. 25-26, Scharenstrasse 28, Tilsiterstrasse 7, Coppenhagenstr. 1, Fiedlerstr. 18, Kienstrasse 19, Hallesche-Uferstrasse 1, Heiligensee: Lichtenberg, Frank, Allee 241, Lieberfeld: Wern, Garber 1-3, Neukölln: Köpenicker Str. 41, Himmelsstr. 6-8, Kaiser-Friedrich-Str. 142, Niederschönhausen: Brückentrasse 24, Finkenow: Bernauer Str. 15, Schöneberg: Breite Str. 35, Schöneberg: Hauptstr. 25-26, Martin-Luther-Str. 9, Spandau: Breite Str. 41, Sagittus: Schöne-Str. 33, Tegel: Berliner Str. 15, Tempelhof: Berliner Str. 147, Tempelhof: Kottbuscher Str. 1, Weidenweg: Berliner Allee 247 (Antenplatz), Wilmersdorf: Kaiserplatz 13, Uhlandstr. 85, Niederschönhausen: Hauptstr. 41, Berlin: Schwendeburg Str. 33, Prenzlauer Allee 6, Regierungstr. 64, Potsdam: Brandenburg Str. 21, Stettin: Mühlentstr. 31, Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin S.W.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtagen und Montags einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimonatlicher Zustellung durch die Boten... (omitted details)

Genfer Ratstagung ohne Stresemann Besatzungsjustiz - Blamage in Thüringen

Stresemann fährt nur nach Paris

Die Genfer Reise auf Anraten der Aerzte aufgegeben

Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat sich auf Anraten seiner Aerzte dazu entschlossen müssen, seine für die bevorstehenden aussenpolitischen Tagungen in Paris und in Genf getroffenen Dispositionen abzuändern. Der Minister wird deshalb nur zur Unterzeichnung des Kellogg-Paktes nach Paris fahren, während er seine Teilnahme an der Genfer Septembertagung des Völkerbundes endgültig aufgegeben hat.

tagung teilnehmen werde. Eine solche Entscheidung würde jedoch nur in Betracht gezogen werden, wenn der bevorstehende Genfer Ratstagung ganz besondere politische Bedeutung zukäme, wofür aber vorerst noch keinerlei Umstände sprechen. Da keiner der Ministerpräsidenten der Grossmächte nach Genf fährt, besteht offensichtlich auch für den deutschen Reichskanzler kein Anlass, als Vertreter der deutschen Regierung nach Genf zu fahren. Es ist anzunehmen, dass Dr. Stresemann während seines Aufenthaltes in Paris Gelegenheit haben wird, mit Briand über die wichtigen aussenpolitischen Angelegenheiten zu sprechen. Und da sich an der jetzigen Situation, vom Zeitpunkt der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes bis zum wenige Tage später erfolgenden Zusammentritt des Völkerbundes in Genf kaum etwas ändern wird, dürfte es vollauf genügen, wenn Staatssekretär von Schubert die Führung der deutschen Völkerbündelung übernimmt. Im übrigen wird sich wohl erst nach der Rückkehr Dr. Stresemanns aus Paris herausstellen, welche Wege die deutsche Aussenpolitik zur Fortführung der Rheinlandbesprechungen einzuschlagen haben wird.

Und jetzt Sozialpolitik!

Die Aengste der Reaktion

Eine Regierung, die sich vornehmlich auf die grossen Massen der linksstehenden republikanischen Staatsbürger stützt, muss in erster Linie Sozialpolitik treiben. Sie müsste sich für die Beseitigung sozialer Missstände interessieren, auch wenn ihr das Malheur der Konzeption des Panzerkreuzers, die ihr von den demokratischen und sozialdemokratischen Wählern sehr verbittet wird, nicht passiert wäre. Nun es passiert ist, hat sie doppelt die Verpflichtung, die Scharte auszuweisen und auf sozialem Gebiet die von ihr erwarteten positiven Leistungen zu vollbringen. Die Erhöhung der Einkommensgrenze für die Angestelltenversicherungspflicht auf 8400 Mark Jahresverdienst und die Ausdehnung der Krisenfürsorge sind Anfänge. Weitere sozialpolitische Massnahmen werden folgen, werden folgen müssen, wenn diese Regierung unter sozialdemokratischer Führung einen Sinn haben soll. Die Reaktion, die noch gestern über den „Unfall“ in der Panzerkreuzerfrage höhnte, ist heute bereits recht kleinlaut. „Das Spiel beginnt“, stellt mit Besorgnis die junkerliche „Kreuzzeitung“ fest. Und die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ macht ihrem sozialreaktionären Aergern über diese ersten sozialpolitischen Aktionen der Regierung Müller dadurch Luft, dass sie etwas von einem „Kuhhandel“ faselt. O nein, hier ist nichts zu kuhhandeln, diese Regierung muss Sozialpolitik treiben, sie müsste hier lange Versäumtes nachholen, auch wenn die Panzerkreuzeraffäre ihr und uns erspart geblieben wäre.

Bezeichnend für das soziale Gewissen der Partei des Herrn Lambach ist die Tatsache, dass sie unter Hinweis auf die „finanziellen Auswirkungen“ die sozialpolitische Gesetzgebungsarbeit der Regierung Müller zu bremsen versucht, wobei die „Spitzenverbände von Industrie und Handel“ als Helfer für die Bremsarbeiten aufgerufen werden. Gegen die Ausdehnung der Krisenfürsorge werden im besonderen von der „Deutschen Tageszeitung“ folgende Einwendungen gemacht:

„Schon bei den bisher geltenden Bestimmungen über die Krisenfürsorge dürften die hierfür im Etat vorgesehenen Beträge zur Deckung der tatsächlichen Ausgaben nicht ausreichen, geschweige denn bei einer Verlängerung der Unterstützungsdauer. Die ganze Entwicklung unseres Arbeitsmarktes und die recht ungünstigen Abschlüsse der Reichsfinanzen im ersten Haushaltsvierteljahr müssten die Sorgen und Bedenken noch verstärken.“

Merkwürdig, wie besorgt die Herrschaften plötzlich um die Etatsausgaben und ihre Deckung sind! Wenn es ihnen darum geht, überflüssige Ausgaben zu vermeiden, so sollten sie den Antrag stellen, den Panzerkreuzerbau aufzugeben und dem Staat 80 Millionen zu ersparen. Mit dieser Summe könnte viel Not und Elend im Volk gelindert werden. Aber wer zweifelt daran, dass ihnen ein kostspieliges Spielzeug wichtiger ist als das notwendigste Sozialgesetz? Immer da stellen sich ihre Bedenken ein, immer da wirken sie als Hemmnis, wo es gilt, dem Volke zu helfen. Sie erbringen damit selbst den Beweis, wie vernünftig es war, die sozialdemokratischen Minister nicht abzugeben. Denn das hätte das Ende aller sozialpolitischen Hoffnungen bedeutet. A. K.

Die radikalen Leipziger

Die Sozialdemokratische Partei Gross-Leipzig hielt eine von 1500 Mitgliedern besuchte Versammlung ab, in der den vier sozialdemokratischen Ministern das Vertrauen der Leipziger Parteigenossenschaft abgesprochen wurde. Die Sozialdemokratische Partei Gross-Leipzig fordert die sofortige Einberufung eines ausserordentlichen Parteitages.

Thüringische Landtagsauflösung abgelehnt

Der Standpunkt der Demokraten - Dinter erregt Heiterkeit - Am 11. September neue Sitzung

WEIMAR, 22. August.

Nach vierstündiger Verhandlung wurde heute nachmittag in namentlicher Abstimmung der sozialdemokratische Antrag auf Auflösung des thüringischen Landtages mit 27 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten die Sozialdemokraten und Kommunisten, dagegen alle übrigen Parteien. Bis auf zwei Abgeordnete der Volkspartei, die nicht erscheinen konnten, war die ganze Rechte entgegen den vorhergehenden Dispositionen vollzählig erschienen. Eine neue Sitzung wurde auf den 11. September anberaumt, um dann über die Regierungsbildung zu verhandeln. Der gestern abend erfolgte Rücktritt der thüringischen Regierung hat sich bei der heutigen Debatte im Landtag über den Auflösungsantrag stark fühlbar gemacht. Die Angeklagten fehlten, und daher wurde die Abrechnung mit ihnen auf das unbedingt notwendige Mass beschränkt. Die Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkt, dass die Nichtbefolgung des Landtagsbeschlusses wegen der Begnadigung Frieders einen Verfassungsverstoß darstelle. Der Landtag als Vertreter des souveränen Volkes hat nach der Begründung zur Verfassung neben dem Recht der Amnestie auch das unbedingte Recht zur Einzelbegnadigung. Dieser Standpunkt wurde auch vom Sparervertreter Teil und dem Demokraten Professor Krüger mit aller Entschiedenheit unterstrichen.

Mit Recht wurde darauf hingewiesen, dass die Regierung, wenn sie den Landtagsbeschluss nicht ausführen wollte, die parlamentarischen Konsequenzen ziehen und zurücktreten müsste.

Dazu hat sie den Mut aber nicht gefunden; sie hat vielmehr geglaubt, dass sich vor allem die Demokraten diese weitere unerhörte Herausforderung würden bieten lassen. Auch von den übrigen Rednern wurde der Beschluss des demokratischen Parteitages begrüsst und lediglich bedauert, dass die Demokraten bisher in stärkster Masse für die dem Ausgleich widerstrebende

Politik der letzten Regierung sich haben in Anspruch nehmen lassen.

Ausser dem Nationalsozialisten Dr. Dinter, der das deutsche Volk als grosse Hamamelde bezeichnete und die Einführung der nationalsozialistischen Diktatur verlangte, war selbst bei seinen Regierungsfreunden grosse Heiterkeit geweckt, schwiegen die Mitglieder der Reichsparteien sich reslos aus. Der demokratische Abgeordnete Professor Krüger wies darauf hin, dass die Demokraten von vornherein verlangt hatten, es müsse über zwei Dinge unbedingte Klarheit geschaffen werden, nämlich über die Anerkennung der Republik durch die Regierung und die Bereinigung der alten Streitfälle aus der Zeit der verflochtenen Rechtsregierung. Und er habe immer wieder verlangt, neben dem Fall Fißel auch den Fall Frieders aus der Welt zu schaffen. Daran müsste festgehalten werden, dass die Regierung erklärt habe, sie lege besonderen Wert darauf, dass der Landtag im Falle Frieders seine Meinung kundgeben.

Dadurch aber, dass die Regierung ausdrücklich die Entscheidung des Landtags verlangte, habe sie sich ihres Begnadigungsrechtes in diesem Falle begeben.

So werde der Fall Frieders in der späteren parlamentarischen Geschichte des Landtags einen wichtigen Präzedenzfall darstellen. Wenn seine Partei bisher immer bestrebt gewesen sei, keinen Bruch der Koalition trotz starker Niederlagen herbeizuführen, so habe sie jetzt erklären müssen, dass es mit dieser Politik nicht weitergehe. Wenn es aber dazu gekommen sei, so sei das einzig und allein die schwere Schuld des Staatsministers Dr. Leuthesser, der in der Führung völlig versagt habe.

Bratianu hat Memoiren hinterlassen. Wie aus Bukarest gemeldet wird, sollen sich im Besitze der Gattin des verstorbenen rumänischen Staatsmannes Jonel Bratianu Memoiren befinden, die Bratianu diktiert hat. Der erste Teil dieser Memoiren behandelt die Kindheit Bratianus, der zweite die politischen Ereignisse bis zum Ausbruch des Weltkrieges, der dritte Teil führt den Titel „Politische Menschen“. Mit einer Veröffentlichung der Memoiren ist vorerst jedoch nicht zu rechnen.